

Reiner Steinweg

Eröffnungsstatement bei der Konferenz im Netanya College am 18.2.2008

Vorstellung des „Manifest der 25 – Freundschaft und Kritik“

Gliederung

-Hauptbereiche

-Adressaten

-Anlässe

-Ziele des Manifests

-und abschließend auf Stellen im Text eingehen, die besonderen Anstoß erregt haben

1. Hauptbereiche

Das Manifest versucht, vier Hauptaussagen zu begründen:

a) Die Beziehung der beiden Länder ist inzwischen reif und gefestigt genug, um auch (gegenseitige) Kritik an aktuellen politischen Entscheidungen auszuhalten, ohne dass die Beziehungen darunter leiden. Für internationale Beziehungen gilt im übertragenen Sinne das Gleiche wie für individuelle Freundschaften: ihre Qualität erweist sich dann, wenn man dem Freund an ausgesprochenen Weggabelungen auch ins Gewissen reden, ihn auf Fehlwahrnehmungen, Blindstellen, nicht bedachte Konsequenzen seines Handelns aufmerksam machen kann, ohne die Freundschaft damit zu gefährden. Wirklich gute Freundschaften halten das aus, nur gute Beziehungen halten das aus, verlangen das. In diesem und nur in diesem Sinne plädiert das Manifest dafür, nicht mehr von besonderen Beziehungen zu sprechen.

b) Gleichzeitig sucht das Manifest ohne jeden Abstrich deutlich zu machen, dass es für Deutsche noch auf Generationen hinaus aufgrund der Shoah eine besondere Verpflichtung und Verantwortung für die ungeschränkte Glaubens- und Betätigungsfreiheit von Juden in Deutschland und für die Existenz des Staates Israel geben wird. Gerade deshalb ist Punkt a) wichtig: Schweigend zuzusehen, wie Israel sich selbst langfristig die Existenzgrundlage untergräbt, wäre eine grobe Vernachlässigung, wenn nicht gar Verletzung der Freundespflicht.

c) Daraus, dass die Shoah – so haben wir damals argumentiert, mein Kollege Gert Krell wird diese dritte Hauptthese heute modifizieren – der Hauptgrund dafür war, dass die Staatswerdung Israels (also über friedliche, einvernehmliche Landnahme durch Kauf und hervorragende Bewirtschaftung hinaus) möglich und dass sie international anerkannt wurde, ergibt sich auch eine über das normale mitmenschliche Maß hinausgehende deutsche Verantwortung für das Wohl und die Zukunft der Palästinenser.

d) Das Manifest betont abschließend, dass die Wahrnehmung dieser Verpflichtungen, d.h. ein starkes deutsches Engagement für Frieden im Nahen Osten, spätestens seit 9/11 im unmittelbaren Interesse deutscher Außenpolitik liegen muss, weil eine wenn auch bei weitem nicht die einzige Energiequelle für den internationalen Terrorismus in den politischen und Lebensverhältnissen der Palästinenser und in der nun schon 40 Jahre währenden Besatzung

der „Gebiete“ liegt. Der internationale Terrorismus bedroht nicht nur die USA, sondern auch Deutschland und Europa, wie wir gesehen haben.

2. Adressaten des Manifests

Der Hauptadressat des Manifests war und ist die deutsche Außenpolitik, mithin die deutsche Bundesregierung. Aber da Außenpolitik auf längere Sicht zugleich Innenpolitik ist bzw. auf innenpolitische Faktoren reagiert, wendet sich das Manifest zugleich an die deutsche Öffentlichkeit. Man könnte sagen: Es wendet sich an die deutsche Außenpolitik auf dem Umweg über die deutsche Öffentlichkeit.

Da aber Beziehungsgeschehen und vor allem Veränderungen in Beziehungen immer auch von den Reaktionen der anderen Seite abhängig sind, ist selbstverständlich auch die israelische Öffentlichkeit Adressat dieser Erklärung. Wir haben versucht, den Text in Haaretz zu veröffentlichen, das ist uns leider nicht gelungen. Umso mehr freuen wir uns, dass es jetzt zu dieser kleinen Konferenz gekommen ist.

Uns war sehr, sehr wichtig, eine Sprache zu finden, die das nahe liegende Missverständnis vermeidet, wir wollten dafür plädieren, aufgrund des israelischen Verhaltens im Libanonkrieg Israel die Freundschaft zu kündigen.

Ob uns das gelungen ist, ist eine andere Frage. Wir – außer Gert Krell und mir noch die beiden Manifest-Koautoren Prof. Jörg Becker und Prof. Georg Meggle – sind u.a. hier, um eventuell noch vorhandene Zweifel an unseren Absichten und Motiven auszuräumen.

3. Anlässe

Der unmittelbare Anlass für die Formulierung des Manifests war der Libanonkrieg, genauer die aus unserer Sicht sehr zurückhaltende Reaktion bzw. Nichtreaktion des offiziellen Deutschland, der deutschen Außenpolitik, die wir wahrgenommen haben, auf diesen Krieg. Wir wissen natürlich nicht, was hinter den Kulissen gelaufen ist. Wir hätten uns von unserer Regierung ein deutliches STOP-Signal an die israelische Regierung gewünscht. Uns ging es wie vielen unserer Landsleute: Wir waren einfach entsetzt erstens über das Ausmaß der von der israelischen Armee angerichteten Zerstörungen (einschließlich des UNO-Stützpunktes in Cheim), zweitens über die für uns Friedensforscher sofort erkennbare politische Fehlkalkulation hinter dieser Militäraktion. Wenn das Ziel war, die Hizbollah so zu schwächen, dass sie zu weiteren Raketenangriffen – die das Manifest mit gleicher Schärfe verurteilt – strukturell nicht mehr in der Lage wäre, dann konnte dieses Ziel nur verfehlt und die Lage Israels auf mittelfristige Sicht verschlechtert werden.

Der Libanonkrieg war aber nur ein Grund für unsere Besorgnisse. Schon lange haben wir mit zunehmender Beunruhigung die israelische Politik im Westjordanland und im bzw. gegenüber dem Gazastreifen zur Kenntnis genommen. Der Anlass für den letzten Libanonkrieg ist ohne die – zweifellos beidseitige, aber eben auch von Israel aus erfolgte Unterlaufung des Osloer Abkommens – gar nicht zu denken. Ich komme darauf am Schluss zurück.

4. Ziele des Manifests

Wie explizit formuliert, wollten wir mit der Veröffentlichung dieses von vornherein als Zeitungsartikel, nicht als wissenschaftlicher Aufsatz geplanten Textes eine breite öffentliche Debatte anstoßen darüber, was denn eine sinnvolle Haltung deutscher Politik im Nahen Osten sein könnte. Es ging uns um eine Thematisierung der Grundsätze, von denen deutsche

Nahost-Politik sich leiten lassen sollte. Dabei lag der Akzent auf Diskussion und nicht etwa auf der Annahme, wir, die Autoren, wüssten das alles besser. Wer den Dialog sucht, muss zur Revision der eigenen Positionen im Verlaufe des Dialogs von vornherein bereit sein, oder die erklärte Absicht ist geheuchelt.

Das Fernziel war und ist eine friedliche Nahostregion, in der es allen Bewohnerinnen und Bewohnern gut geht, in der sie gleiche Lebenschancen haben und in der die unvermeidlichen Konflikte mit zivilen Mitteln, ohne Gewalt ausgetragen und bearbeitet werden.

5. Stellen im Text, die besonderen Anstoß erregt haben

a) „Kritikverbot“: Der Text unterstellt, dass es in Deutschland ein unausgesprochenes Verbot gibt, Israel zu kritisieren, ein Kritikverbot, das sich aus der deutschen Schuld, aus der Shoah herleitet. Ein Friedensforscher-Kollege Markus Weingardt, der sich speziell mit der Geschichte der deutschen Nahost-Politik befasst hat, hat zurecht darauf hingewiesen, dass ein solches Verbot nie existiert hat und dass es in den 70er und 80er Jahren durchaus Kritik von verschiedenen deutschen Politikern an Israels Politik gegenüber den Palästinensern gegeben hat bzw. eine Respektierung der Rechte der Palästinenser eingefordert wurde. Der Kollege Weingarten übersieht aber, dass es uns nicht um die Geschichte, sondern um die Gegenwart der deutschen Außenpolitik, sagen wir etwa seit dem Oslo-Abkommen geht.

Dass wir mit unserer Wahrnehmung nicht alleine dastehen, haben uns die überraschend zahlreichen, zustimmenden Reaktionen auf unsere Veröffentlichung gezeigt, Zustimmung von Personen wohlgemerkt, die nicht im Verdacht stehen in irgendeiner Form antisemitisch eingestellt zu sein. Die Zustimmungen, die uns schriftlich erreicht haben, können Sie in der 270 Seiten starken Dokumentation auf <http://www.crisis-prevention.info/> nachlesen. Ich habe einige Ausdrücke davon mitgebracht – leider nur in deutscher Sprache.

Nicht gemeint haben wir mit der Rede vom unausgesprochenen Kritikverbot die deutschen Medien. Israelische Politik wird und wurde in deutschen Medien genauso offen kritisiert wie in der israelischen. Es ging uns darum, was man als deutscher Politiker zu dürfen meint. Allerdings haben wir auch erfahren müssen, dass unsere Beiträge in offiziellen oder offiziellen Organen teilweise einer Art Zensur unterworfen wurden, wenn sie eine Kritik am Handeln der israelischen Regierung andeuteten.

b) Deutsche jüdische Intellektuelle als Kronzeugen: Wir haben gegen Ende des Textes einige Namen aus der Vielzahl der jüdischen deutschen Intellektuellen seit dem 19. Jahrhundert herausgegriffen, vom Anfang, von der Mitte und vom Ende des Alphabets und uns auf sie berufen für die Aussage: „Nur Gleichheit und Respekt vor Recht und Völkerrecht können ein friedliches Zusammenleben gewährleisten und sind die einzigen Garanten für eine dauerhafte Existenz des Staates Israel und des zukünftigen Staates Palästina in Sicherheit – und für die Sicherheit von Juden und Jüdinnen bei uns und in aller Welt.“

Natürlich können wir nicht beweisen, dass die genannten Personen, wären sie noch am Leben, diesen Satz unterschreiben würden. Aber wir können es uns nach allem, was wir von ihnen gelesen haben, nicht anders vorstellen. Wir hätten uns auch auf die vielen Juden von heute in aller Welt berufen können, die diese Sichtweise heute in immer neuen Anläufen und mahnenden Aufrufen zum Ausdruck bringen. Uns war es aber gerade um diejenigen zu tun, die seinerzeit aus Deutschland vertrieben wurden und wir wollten deutlich machen: Wir können uns eine deutsche Kultur ohne sie nicht vorstellen. Nie hat Deutschland einen größeren kulturellen Aderlass erlitten als durch die Vertreibung und Ermordung der Juden.

c) Einige haben Anstoß an der Formulierung genommen: „Als Deutsche, Österreicher und Europäer haben wir nicht nur Mitverantwortung für die Existenz Israels, nachdem die Geschichte nun einmal diesen Gang genommen hat...“. Das klinge, als ob wir die Gründung des Staates Israel bedauern würden. Was wir bedauern, mehr noch, worüber wir trauern, ist der Verlust an jüdischer Intellektualität bei uns. Wir hätten uns gewünscht, den europäischen Antijudaismus und seit dem 19. Jh. Antisemitismus, der in immer neuen Wellen zur Abwanderung der europäischen Juden geführt hat, hätte es nicht gegeben und die Juden wären seit altersher als ebenbürtige Mitbürger geachtet wurden. Dann wäre der Zionismus Herzl'scher Prägung nicht entstanden. Aber das ist leider, leider kontrafaktisches Wunschdenken. Der Hauptsatz des Manifests in diesem Zusammenhang ist, dass jetzt, nach allem was geschehen ist, die Existenz des Staates Israel „ohne jeden Abstrich“ gesichert werden muss.

Allerdings ist zu fragen, welches Israel, Israel in welchen Grenzen, und mit welchen Mitteln. Ich nehme an, dass die meisten von uns der Forderung von Egbert Jahn, der heute eigentlich auch hier sein wollte, zustimmen würden, die EU solle Israel und zugleich den Staat Palästina in den Grenzen vor 1967 anerkennen – was den Austausch einzelner Gebiete nicht ausschließen muss. Nur so können unseres Erachtens friedliche Verhältnisse im Nahen Osten einkehren.

d) Anstoß hat auch die Formulierung in unserem Text erregt, es gebe in Deutschland – neben dem noch immer verbreiteten Antisemitismus, auch einen „problematischen Philosemitismus“. Gemeint war eine Haltung, die alles, was von Juden gesagt und getan wird, deshalb für gut hält, weil es von Juden gesagt und getan wird. Wir haben hinzugefügt, dies sei „problematisch deshalb, weil die bloße Umkehrung eines starren, gegen die Realität abgeschotteten Feindbildes letztlich nur dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen ergibt und ebenfalls gegen die Realität und jedes differenzierte Urteil immunisiert.“ Kann ein vernünftiger, auf Dialog setzender Mensch etwas gegen diese Formulierung haben? Jedenfalls wollten wir damit keineswegs jede proisraelische (im Sinne von israelischer Regierungspolitik) und schon gar nicht jede positiv auf die jüdischen Mitbürger zugehende Stimme als im genannten Sinne „problematisch philosemitisch“ charakterisieren.

e) Missverstanden wurde die Bemerkung: „Ohne den Holocaust an den Juden würde die israelische Politik sich nicht berechtigt oder/und gezwungen sehen, sich so hartnäckig über die Menschenrechte der Palästinenser und der Bewohner Libanons hinwegzusetzen, um seine Existenz zu sichern.“ Der Satz wurde gelesen, als ob wir die israelischen Maßnahmen etwa im Gazastreifen mit Hinweis auf die Shoah entschuldigen wollten. Uns ging es um das Begreifen der Vorgänge, um Verstehen. Empathie ist per definitionem nicht automatisch mit Billigung gleichzusetzen. Ohne Empathie nach beiden Seiten aber bewegt sich in „hartnäckigen, langjährigen“ Konflikten gar nichts. Dies ist eines der Kernergebnisse der Friedensforschung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine selbstkritische Bemerkung anfügen:

1. hätten wir den Text des Manifests vor der Veröffentlichung mit jüdischen Intellektuellen unseres Landes diskutieren sollen. Dass wir das nicht gemacht haben, sehe ich heute als einen großen Fehler an.
2. Als die Debatte über das Manifest eine Weile gelaufen war, dämmerte mir, dass wir mit dem unausgesprochenen Kritikverbot unbewusst vor allem uns selbst gemeint haben könnten. Im Nachhinein betrachte ich es als einen großen Fehler der deutschen Friedens- und Konfliktforschung, nicht schon viel früher, als die Verabredungen von Oslo unterlaufen

wurden, also praktisch ab 1995, laut und deutlich „Halt“ gerufen zu haben: Halt, so kann Friede nicht entstehen! Wir haben nicht wirklich hingeschaut. Es gab kaum wirklich große Forschungsprojekte zum Nahen Osten. Und noch heute höre ich von Friedensforschungskollegen den Satz: „Israel gegenüber haben wir zu schweigen“, müssen wir uns zurückhalten.

Das, was wir zu Recht oder Unrecht der deutschen Außenpolitik vorgeworfen haben, müssen wir in allererster Linie uns selbst vorwerfen. Unser Manifest hätte 10 Jahre früher geschrieben werden müssen.